



## Wehret den Anfängen!

**Der Regierungsrat hat die Botschaft zum Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel verabschiedet. Was harmlos tönt, hat es in sich. Die SP Kanton Solothurn wird sich vehement gegen dieses Gesetz wehren.** Fabian Müller

Neu sollen zu den zwei bisherigen bewilligungspflichtigen Sonntagsverkäufen in der Adventszeit zwei weitere dazukommen. Somit wären Verkaufsgeschäften im Kanton Solothurn vier Sonntagsverkäufe pro Jahr möglich. Zwei zur Adventszeit – wie seit 1996 – und neu zwei zusätzliche unter dem Jahr, die dem Saisonverkauf dienen und regional an unterschiedlichen Sonntagen durchgeführt werden können. Die SP Kanton Solothurn ist besorgt darüber, dass der Sonntag als Ruhetag schleichend verwässert wird. Bereits in der Vernehmlassung hat sich die SP vehement gegen diese zusätzlichen Sonntagsverkäufe gewehrt, und zwar aus folgenden Gründen.

### Höhere Belastung

Noch mehr Sonntagsverkäufe gleich noch mehr Sonntags-einsätze für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Auch das Verkaufspersonal hat einen Anspruch auf geregelte Arbeitszeiten und Freitage. Mit der Ausweitung der bisher gültigen Regelung verkommt der Sonntag als Tag der Ruhe und der Erholung immer mehr zu einem normalen Arbeitstag. Die Búezer müssen zu jeder Tages- und Nachtzeit einsatzbereit sein und werden dafür mit Almosen abgespeist. Die verstärkte Sonntagsarbeit beeinträchtigt das soziale Leben der Menschen. Dass dies negative Auswirkungen auf das Familien- und Sozialleben hat, sollte ei-

### Sonntagsarbeit beeinträchtigt das soziale Leben der Menschen.

schiedlichen Bedürfnisse der Regionen eingegangen werden könne. Dies ist nicht nachvollziehbar. Es entsteht ein Wildwuchs bei den Sonntagsverkäufen, wo schlussendlich niemand mehr weiss, wann, wo und wer jetzt offen hat. Mit einer solchen Regelung werden weitere Ungerechtigkeiten geschaffen, die insbesondere Randregionen und kleinere Geschäfte hart treffen werden. Im Übrigen stehen mit den weit verbreiteten Gewerbeausstellungen dem Gewerbe Plattformen zur Verfügung, die es ermöglichen auch an Sonntagen Geschäfte abzuwickeln.

gentlich jedem einleuchten. Dass die Kosten dafür wieder die Allgemeinheit tragen muss eigentlich auch.

### Falsche Argumentation

Der Regierungsrat argumentiert, dass mit zwei zusätzlichen Sonntagsverkäufen auf die unter-

### Keine Gewinne

Es ist erwiesen, dass Sonntagsverkäufe hohe Kosten verursachen, aber keine grossen Gewinne ermöglichen, was dazu führt, dass viele Geschäfte ihre Türen geschlossen halten. Zusätzliche Sonntagsverkäufe würden nur den grösseren Einkaufszentren und nicht dem Gewerbe nützen. Gerade für die kleinen Detaillisten, die den Charme und den Charakter vieler Kleingemeinden widerspiegeln, lohnt es sich nicht, das Geschäft am Sonntag zu öffnen. Sie werden Kunden an die Einkaufszentren verlieren, das Lädelerleben in den Kleingemeinden noch mehr beeinträchtigt.

### Bevölkerung will nicht

Vorstösse zur Erweiterung der Ladenöffnungszeiten wurden im Kanton Solothurn eins ums andere Mal abgelehnt. So zum Beispiel die Vorlage zu den Ladenöffnungszeiten in den Zentren des öffentlichen Verkehrs, welche 2005 mit 51.5 Prozent abgelehnt wurde. Oder 2002, wo die Aufhebung des Ladenschlusses mit 57 Prozent Nein-Stimmen deutlich

verworfen wurde. Aber auch Gemeinderats- und Gemeindeversammlungsbeschlüsse in jüngster Vergangenheit haben den Widerstand der Bevölkerung klar aufgezeigt. So beispielsweise in den Gemeinden Oensingen und Balsthal, in denen in den vergangenen Jahren eine Verlängerung der Ladenöffnungszeiten am Samstag von 16 auf 17 Uhr jeweils an den Gemeindeversammlungen deutlich bachab geschickt wurde.

Diese Beschlüsse müssen respektiert werden; auch wenn es im aktuellen Fall um Sonntagsverkäufe geht, darf man durchaus Parallelen ziehen. Die SP Kanton Solothurn wehrt sich gegen eine zusätzliche Belastung der Arbeitnehmenden und eine Aufweicheung des Sonntags als Ruhetag. Sollte der Kantonsrat den berechtigten Einwänden der SP nicht folgen, wird ein Referendum gegen dieses Gesetz unterstützt.



Die SP kämpft für faire Arbeitsbedingungen und nicht für schrankenlose Öffnungszeiten.



Fabian Müller von Balsthal ist Kantons- und Gemeinderat



OLTEN SÜDWEST

# SP muss Kompass neu ausrichten

**In Olten steht ein ganzer Stadtteil zum Verkauf, und wir diskutieren heftig, wer der Käufer sein soll. Ein privater Zürcher Investor hat das Geld bereitgelegt und will auf den 20 Hektaren der ehemaligen Zementfabrik Hunziker 2000 günstige Wohnungen bauen. Grosse Teile der Bevölkerung wollen kein Billig-Ghetto, sondern eine hochwertige Oeko-Siedlung. Andere wollen einen Baggersee. Oder eine Motocross-Bahn. Und eine Volksinitiative verlangt, dass die Stadt das Gelände kauft und selbst bewirtschaftet.** Alex Capus

Was will die SP? Das ist schwer zu sagen. Es war eine SP-dominierte Stadtregierung, die ein aktives Engagement der Stadt ablehnte und dem privaten Investor den Vorzug gab. Die SP-Basis hingegen beschloss an einem Parteitag letzten Sommer, die Volksinitiative für einen städtischen Kauf von Olten Südwest zu unterstützen. Die SP-Fraktion des Gemeindeparlaments wiederum erteilte im Dezember der Nichteinmischungspolitik des Stadtrats einstimmig ihren Segen. Und der SP-Sektionspräsident schliesslich – das bin ich selbst – gehört zu den Erstunterzeichnern der Initiative.

## Mono-Überbauung oder Gleichgewicht?

So viele unterschiedliche Haltungen, und alle haben ehrbare Motive. Die Regierung hält es im Interesse der Stadtentwicklung für vordringlich, dass auf dem brachliegenden Gelände endlich etwas geschieht. Die SP-Fraktion kritisiert an der Initiative, dass die Stadt nichts kaufen könne, wo es keinen Verkäufer gibt. Und die Initianten befürchten, dass eine auf kurzfristigen Profit ausgerichtete Mono-Überbauung die Stadt wirtschaftlich, ökologisch und sozial aus dem Gleichgewicht bringen könnte.

## Unterschiedliche Meinungen müssen Platz haben

Als Sektionspräsident teile ich die Ansicht, dass in einer grossen demokratischen Partei wie der SP unterschiedliche Meinungen selbstverständlich Platz haben müssen. Richtig und

**Richtig und gesund ist auch, dass die Basis nicht immer dasselbe will wie Fraktion und Regierung.**

gesund ist auch, dass die Basis nicht immer dasselbe will wie Fraktion und Regierung, oder umgekehrt. In der Sache Olten Südwest allerdings bin ich persönlich der Meinung, dass die SP Olten ein bisschen ihren Kompass verloren hat und nicht mehr so recht weiss, wo links und rechts ist. Aus sozialdemokratischer Sicht scheint mir selbstverständlich, dass die öffentliche Hand eine aktive Liegenschaftspolitik zu betreiben hat; so steht es auch im Leitbild der SP Olten. Es scheint mir klar, dass man aus linker Perspektive misstrauisch sein muss, wenn ein Zürcher Monopolkapitalist auftaucht und zwecks Mehrung seines Profits einen ganzen Stadtteil kaufen will. Für mich ist klar, dass die wenigen verbliebenen Landreserven im

Interesse der Öffentlichkeit bewirtschaftet werden müssen. Und wer kann das besser: die öffentliche Hand oder ein Zürcher Kapitalist?

## Wichtig sind die Bedürfnisse der Menschen und der Blick nach vorne

Letztlich meine ich, dass die Debatte zurückzuführen ist auf einen typisch oltnerschen Mangel an Selbstvertrauen. So viel Land verwalten – das können wir doch gar nicht. Das überlassen wir lieber einem privaten Billigbauer und hoffen, dass trotzdem etwas Rechtes dabei rauskommt. Dies führt zum bizarren Resultat, dass die SP die Interessen des Kapitals vertritt und eine aktive städtische Immobilienpolitik ablehnt. Kann daraus etwas Gutes entstehen? Die SP muss wieder ihren Kompass hervornehmen und nachschauen, wo's aus sozialdemokratischer Sicht langgeht. Wichtig sind die Bedürfnisse der Menschen, nicht die Profite eines privaten Investors. Gewiss hatte die SP Olten in den Jahren der Regierungsmehrheit eine städtische Politik kollegial mitzutragen, die nicht immer sozialdemokratischen Grundsätzen entsprechen konnte, aber diese Zeiten sind seit der letztjährigen Wahniederlage vorbei. Wenn die SP-Fraktion im Parlament weiter politisiert, als müsse sie einer verlorenen Regierungsmehrheit gegenüber loyal sein, ist dies für die Bevölkerung wenig hilfreich. Die Zuversicht ist gross, dass der Wind dreht und das Selbstvertrauen steigt.

Alex Capus  
ist SP-Sektionspräsident  
in Olten





© Manfred Baumann, Nennigkofen

# Bewegungsarme Regierung

**«Der Regierungsrat wird beauftragt, einen Gesetzesentwurf für ein Sportgesetz auszuarbeiten und Botschaft und Entwurf dem Kantonsrat zu unterbreiten.» Die Antwort der Regierung: Nein!** Manfred Baumann

Nun, wer wollte schon eine ausdauernde Stellungnahme oder einen veritablen Höhenflug des Solothurner Regierungsrates erwarten? Unglaubliche 19 Monate nach Einreichung des Auftrags zur Ausarbeitung eines Sportgesetzes bringt es die Regierung zustande, in ihrer Antwort zum Auftrag nichts zu sagen. Das Departement des ehemaligen Hochspringers Klaus Fischer legt die Latte, um im Fachjargon zu bleiben, auf die Höhe eines Primarschülers, welcher soeben das erste Mal etwas von einem Fosbury-Flop gehört hat. Flop trifft sich gut! Enttäuschend! Enttäuschend insofern, als in der Antwort mit keiner Silbe auf die Förderung von Sportanlagen eingegangen wird. Enttäuschend deshalb, weil trotz der Lobhudelei auf den Breitensport und die Verbände die Absichten von Standortgemeinden wie etwa Grenchen oder Zuchwil, welche zum Beispiel pflanzenfertige Pläne für 400-Meter-Laufbahnen in der Schublade haben, in der Antwort schlichtweg ignoriert werden.

## Es geht nicht um Skihallen

Es mag sein, dass insbesondere in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten die Förderung von Sportanlagen für den Breitensport, und damit meine ich nicht das realitätsfremde Projekt von Skihallen im Mittelland, nicht zwingend erste Priorität hat. Vielmehr geht es darum, der weiteren sportanlagentechnischen Verarmung des Kantons Solothurn Einhalt zu gebieten. Beispiel: Ausser in Olten gibt es keine einzige Leichtathletikanlage mit 400-Meter-Bahn. Alleine Frauenfeld hat deren drei (!). Die wenigen neu erstellten Anlagen der letzten Jahre sind allesamt auf Privatinitiativen (z.B. Geräteturnhalle Raiffeisen in Solothurn) zurückzuführen. Es fällt schwer zu glauben, dass die Solothurner Regierung dem Breitensport wirklich den Stellenwert einräumen will.

## Der Breitensport muss gefördert werden

Ein Sportgesetz im Kanton Solothurn ist zwingend wichtig. Nur so werden der Breitensport und in der Folge Talente für den Spitzensport

gefördert. Nur so werden Sportvereine langfristig attraktiv genug sein, um ihre soziale und gesellschaftliche Funktion weiterhin ausüben zu können. Denn wo keine reizvollen Angebote bestehen, begeben sich Jugendliche in andere Sphären. Vereine fallen zusammen, finanziell niederschwellige Angebote existieren nicht mehr. Es braucht ein Sportgesetz, damit die Gemeinden einen Anreiz haben nicht nur Anlagen zu erstellen, sondern diese auch für eine breite zu Bevölkerung unterhalten können. All dies ist mit den beschränkten Mitteln aus dem Sporttotofonds derzeit nicht möglich. Dabei kann es mit einer einfachen Gesetzgebung nach dem Vorbild des Kantons Baselland so rasch und elegant erfolgen. Das Basler Mo-

## Einmal mehr verpasst es die Regierung ein Signal zu setzen.

dell basiert stark auf Kann-Formulierungen und verhindert somit unkalkulierbare Kostenfolgen.

## SP ist enttäuscht

Einmal mehr verpasst es die Solothurner Regierung, ein Signal zu setzen. Sie hat es vorgezogen 19 Monate untätig zu sein, dann an einer Veranstaltung der kantonalen und regionalen Sportverbände teilzunehmen und festzustellen, alle seien zufrieden und alles sei bestens. Selten so gelacht. Denn mit der vorliegenden Antwort auf den Auftrag vom 13. Mai 2008 kann ernsthaft niemand davon ausgehen, dass hier durch den Regierungsrat nur im Entferntesten ein Finger für den Breitensport gekrümmt worden ist.

## Der Kantonsrat kann es richten

Fair wäre es, wenn die Regierung zugeben würde, Breitensport sei ihr egal. Dass die Abteilung J&S sehr gute, vor allem durch den Bund finanzierte Arbeit macht, wissen wir längst. Da braucht es keine 19 Monate, um dies herauszufinden. Es bleibt zu hoffen, dass Kommissionen und Parlament der Solothurner Regierung einen anderen konditionellen Zustand verordnen!

**Manfred Baumann**, Ex-Kantonsrat, Nennigkofen, Aktivmitglied des Schweizerischen Turnverbandes und von Swiss-Triathlon



# Mehr Sicherheit für die Bevölkerung

**Nach den verheerenden Hochwasserereignissen der letzten Jahre kommt das erste Projekt zur Abstimmung. In Biberist und Gerlafingen wartet die Bevölkerung auf den Hochwasserschutz an der Emme.** Franziska Burkhalter

Wenn ich aus meinem Schlafzimmersfenster hinausschaue, sehe ich die Emme, die 25 Meter entfernt fliesst. Seit 2005 und 2007 die beiden Hochwasserereignisse waren, gehört ein Kontrollblick zu meinen täglichen Gewohnheiten. Damals zeigte sich, dass das Hochwasserkonzept von Biberist funktioniert und viel Schaden abgewendet werden konnte. Der besonders gefährdete Damm in Biberist erfüllte grösstenteils seine Funktion und wurde nicht mitgerissen. Dennoch hatte es Überschwemmungen in Wohn- und Industriegebieten in Gerlafingen und Biberist gegeben.

Am 7. März 2010 wird nun der Verpflichtungskredit für den Hochwasserschutz des Projektes Biberist/Gerlafingen zur Volksabstimmung kommen. Angesichts der Dringlichkeit wurde die Vor-

lage im Kantonsrat in der Dezembersession einstimmig verabschiedet, obwohl noch nicht alle Punkte genau geklärt waren.

## Das Projekt

- Zwischen dem Pfadiheim und dem Wehr Biberist wird die Sohlenbreite der Emme auf 45 bis 50 Meter aufgeweitet werden. Dadurch kann die Abflusskapazität erhöht werden. Durch die Strömungsvielfalt, die damit ermöglicht wird, erhält der Fluss einen Teil seiner ursprünglichen Dynamik zurück.
- Durch die Umgestaltung der vorhandenen Schwellen soll die Fischwanderung wieder ermöglicht werden.
- Der Damm wird mit dem Aus- hub erhöht, verbreitert und be-

pflanzt werden. Das Ufer wird verflacht und mit Kies bedeckt werden.

- Auf dem Areal der Stahl Gerlafingen AG wird die bestehende Mauer erhöht und verstärkt werden.
- Ein Unterhaltskonzept soll erstellt werden.

## Durch die Massnahmen entsteht ein Naherholungsgebiet.

## Die Kosten

Das Grossprojekt kostet ungefähr 22 Millionen Franken. Davon bezahlt der Bund 35 Prozent, die beiden Gemeinden Gerlafingen und Biberist 4,4 Millionen Franken und der Kanton 9,9 Millionen Franken. Die laufende Projektplanung erlaubt zum jetzigen Zeitpunkt erst Angaben mit einer Genauigkeit von +/- 20 Prozent. Dies ist sehr unbefriedigend. Die Abstimmungsunterlagen werden hoffentlich die genaueren Zahlen

enthalten, da die Projektierung bis dann weiter sein wird. Mit diesen Investitionen können Sachwerte von 500 Millionen Franken geschützt werden.

Durch die Massnahmen entsteht ein Naherholungsgebiet. Der ökologische Aspekt wurde beachtet mit der Ufergestaltung, der Strömungsvielfalt und durch die Ermöglichung der Fischwanderung. Vor allem aber ergibt sich ein Schutz des Abschnittes zwischen Gerlafingen und der Brücke in Biberist. Das Gebiet unterhalb der Brücke (bis zur Aaremündung) wird mit weiteren Massnahmen geschützt werden müssen, die ein weiteres Hochwasserschutzprojekt erfordern. Dieses wird hoffentlich in Angriff genommen, denn das ist «mein» Teil der Emme.



**Franziska Burkhalter**  
ist Kantonsrätin und lebt in Biberist

## SEKRETARIAT

### Danke, Priska van den Heuvel

Priska van den Heuvel aus Balsthal war vom 1. Dezember 2006 bis 31. Dezember 2009 mit einem Pensum von 30 Prozent im Sekretariat der SP des Kantons Solothurn tätig.



Ihr Aufgabengebiet umfasste vornehmlich das «Bewirtschaften» unserer Zahlen. So hat sie die Mitgliederbeiträge, Solidaritätsbeiträge und die Mandatsabgaben eingefordert, die Buchhaltung betreut und den ganzen Zahlungsverkehr unter anderem mit der SP Schweiz abgewickelt. Sie fungierte stellvertretend als Fraktionssekretärin und unterstützte und begleitete diverse Parteitage. Priska van den Heuvel hat sich im vergangenen Jahr zu einer beruflichen Neuorientierung entschlossen und will sich im musikalischen Bereich vermehrt engagieren.

Namens der Geschäftsleitung und dem Präsidium danke ich Priska ganz herzlich für ihren Einsatz im Sekretariat der SP Kanton Solothurn und wünsche ihr auf ihrem weiteren Lebensweg alles Gute.

### Willkommen, Bea Widmer Strähl

Als Nachfolgerin von Priska ist seit 1. Januar 2010 Bea Widmer Strähl aus Trimbach im Sekretariat der SP Kanton Solothurn tätig. Sie übernimmt das Aufgabengebiet ih-



rer Vorgängerin und wird vor allem die finanziellen Bereiche im Sekretariat betreuen. Zudem wird auch sie die Stellvertretung des Parteisekretärs sicherstellen.

Wir freuen uns auf eine gute und konstruktive Zusammenarbeit und heissen Bea im Sekretariat am Rossmarktplatz in Solothurn willkommen.



**Evelyn Borer**  
Präsidentin SP Kanton Solothurn